

2: 1/4

D 126905

Dieser Schriftteil ist off. beschr. 116

~~VS-Vertraulich~~
- sämtlich geheimgehalten -

31.12.3.96

AL 2

Bonn, den 20. Februar 1984

22 - 35014 - Me 1/2/84 ~~VS-Vertraulich~~

D. Korte

Herabgestuft auf offen

gem. Schreiben-Verfügung GL in 12

vom 12.03.96 Jur.-Schnitz

V e r m e r k

über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, am 13. Februar 1984, 19.00 - 20.45 Uhr, in Moskau

Teilnehmer:

Staatssekretär Frank Joachim Herrmann

Botschafter Egon Winkelmann

Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher

Staatsminister Philipp Jenninger

Ministerialdirektor Horst Teltschik

Zwischen Pfälzern und Saarländern sollte es keine Förmlichkeit geben, eröffnete der Bundeskanzler das Gespräch. Trotz des traurigen Anlasses und trotz aller Gegensätze freute er sich, daß er Gelegenheit habe, den Generalsekretär persönlich kennenzulernen. Er hoffe auch sehr, daß der Generalsekretär in absehbarer Zeit in die Bundesrepublik kommen und seine Heimat besuchen werde. Vielleicht habe er noch den Ministerpräsidenten Röder vom Saarland gekannt.

Generalsekretär Honecker erwiderte, daß er Ministerpräsident Röder gekannt habe, ihn sehr gerne gehabt und sehr hoch geschätzt habe.

Der Bundeskanzler berichtete über sein sehr gutes persönliches Verhältnis zu Ministerpräsident Röder und über die Regelung seiner Nachfolge, die er entscheidend vorbereitet habe, was nicht immer besonders angenehm gewesen sei. Er habe Ministerpräsident Röder aufgrund seiner Objektivität sehr geschätzt, erwiderte Generalsekretär Honecker. Mit der Bitte, dies außerhalb des Protokolls tun zu können, berichtete der Generalsekretär ausführlich über seine persönlichen Erfahrungen im Saarland und in der Pfalz in den 30er und

40er Jahren. In einer sehr aufgelockerten Atmosphäre wurden Erinnerungen an Orte und Personen ausgetauscht.

Im Anschluß daran erklärte Generalsekretär Honecker, daß es sehr gut sei, daß diese erste Begegnung möglich geworden sei. Er sei auch bereit, eventuell zu einem Besuch in die BRD zu kommen. Er habe dies ja im Prinzip bereits zugesagt. Das entscheidende Problem sei, unter welchen Umständen ein solcher Besuch stattfinden werde. Ein solcher Besuch müsse zum beiderseitigen Vorteil gereichen.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß er den Generalsekretär nicht aus propagandistischen Gründen eingeladen habe. Sicherlich seien die kontroversen Standpunkte bekannt und müßten nicht wiederholt werden. Die entscheidende Frage sei, was man gemeinsam tun könne, um vernünftige Beziehungen zu entwickeln, die für beide nützlich seien. Ein Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik müsse sicherlich sorgfältig vorbereitet werden und dürfe nicht dazu führen, daß die Beziehungen nach einem Besuch schlechter seien als sie vorher gewesen sind. "Dann lassen wir es lieber", warf Generalsekretär Honecker ein.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß der Besuch des Generalsekretärs in der Gegend seiner früheren Heimat stattfinden sollte. Der Generalsekretär sollte die Möglichkeit haben, seine engere Heimat wiederzusehen. Dann könnte sich auch ein Besuch in Trier beim Karl-Marx-Museum anschließen, wenn dies der Generalsekretär wünsche. Es solle nichts inszeniert werden, was gegen die Interessen des Generalsekretärs sei. In diesem Zusammenhang berichtete der Bundeskanzler, wie er das Karl-Marx-Haus in Trier als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz einrichten ließ und die Originaldokumente von Karl Marx in einer Versteigerung erwerben ließ und dabei die Mitbewerber der SED und KPdSU überboten habe.

Generalsekretär Honecker berichtete von einem alten Witz in der DDR, der laute, wer Marx habe, habe das Kapital.

Bei seinem möglichen Besuch in der BRD ginge es jedoch nicht nur um persönliche Dinge, sondern um die politische Atmosphäre insgesamt. Auch er trete dafür ein, daß der politische Dialog weitergeführt werde. Es sei jedoch unübersehbar, daß sich die Lage durch die Stationierung der Mittelstreckenraketen verschärft habe. Dies sei die gegebene Lage, dennoch sei es notwendig, den politischen Dialog fortzusetzen. Man müsse dabei davon ausgehen, daß in Europa real zwei deutsche Staaten existieren. Die Zusammenarbeit dieser beiden deutschen Staaten habe jedoch günstige Auswirkungen für die Lage in Europa. Dies sei das "Glaubensbekenntnis" der DDR. Der politische Dialog bleibe entscheidend für die Weiterentwicklung der gesamten Ost-West-Beziehungen. Sobald es die Umstände erlauben, könne eine schnelle Einigung über seinen Besuch in der BRD erreicht werden. Es dürfe jedoch "kein toter Transitreisender dazwischentreten". Er sei fest entschlossen, den Dialog fortzusetzen. Darüber wisse die ganze Welt Bescheid. Die Frage sei nur die, ob die Verbündeten diese Politik mittragen werden.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß seine Politik darauf gerichtet sei, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion wieder an einem Verhandlungstisch zusammenkommen. Er habe den Eindruck, daß Vizepräsident Bush einen solchen Vorschlag für ein Gespräch mit dem neuen Generalsekretär in der Tasche habe. Er sei überzeugt, daß Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan ein vernünftiges Gespräch miteinander hätten führen können. Der Bundeskanzler erläuterte noch einmal die Position seiner Bundesregierung: Gerade weil sie bereit gewesen sei zu stationieren und damit ihr Wort einzulösen, komme ihr heute in besonderer Weise der moralische Anspruch zu, für die Politik der Verständigung einzutreten. Er habe am 2. Februar darüber auch mit Präsident Mitterrand gesprochen. In dieser Frage seien sich alle Europäer einig. Die

Deutschen seien dabei gewissermaßen die Wortführer. Es sei wichtig, daß sich die USA und die Sowjetunion wieder an einem Tisch zusammensetzen und die Abrüstungsgespräche fortführen, wo und wann auch immer. In diesem Zusammenhang sei auch die KVAE in Stockholm wichtig. Insofern teile er die Meinung des Generalsekretärs, daß der Dialog fortgeführt werden müsse. Er wisse auch, daß Ungarn und selbst Bulgarien dieser Meinung seien.

Generalsekretär Honecker antwortete, daß es in der Frage der Stationierung unterschiedliche Positionen gebe. Er brauche sie nicht zu wiederholen. Durch die Stationierung sei die Lage in Europa unsicherer geworden, deshalb sei es jetzt notwendig, die Lage zu entkrampfen und zu dem Punkt zurückzuführen, an dem wieder "in großem Maße miteinander gesprochen werde". Deshalb sei es auch wichtig, daß die Konferenz in Stockholm stattfinde und die Verhandlungen in Wien am 16. März wieder aufgenommen würden.

Das eigentliche Problem liege darin, daß in der DDR und in der BRD stationiert werde. Das beste wäre, wenn auf beiden Seiten keine Raketen aufgestellt werden würden. Deshalb sei es wichtig, daß die "Großen" wieder zueinander finden würden. Er habe heute ein Gespräch mit Außenminister Gromyko geführt. Es sei offensichtlich, daß die sowjetische Politik eine atomwaffenfreie Zone in Europa erreichen wolle. Die Sowjetunion wolle ernsthaft, daß aufeinander zugegangen werde. Er wolle dies nachdrücklich unterstützen. Beide Seiten müßten ihren Teil dazu beitragen, die Welt vernünftiger zu machen.

Der Bundeskanzler fragte nach der zukünftigen Politik des neuen Generalsekretärs Tschernenko. Dieser sei ein ausgezeichnete Mann, erwiderte Generalsekretär Honecker. Er werde die gleiche Richtung verfolgen. Er sei aus einem anderen Holz wie sein Vorgänger und werde seine persönliche Note haben. Auch er wünsche ernsthafte Verhandlungen, um reale Ergebnisse zu erreichen. Das Ziel sei eine kontrollierte Abrüstung im strategischen und Mittelstrecken-

bereich. Mit dem Krieg der Sterne müsse Schluß gemacht werden. Für beide deutschen Staaten bleibe wichtig, daß ein atomarer Krieg am meisten vor allem Europa schaden würde.

Jeder Krieg sei heute eine Katastrophe, auch der konventionelle, erwiderte der Bundeskanzler. Die Alternative stelle sich nur zwischen Krieg und Frieden. Ein atomares Inferno sei das Ende der Menschheit in Europa wie in den USA, fügte Generalsekretär Honecker hinzu. Daraus leite sich die besondere Verantwortung ab, daß die Menschheit vom Krieg befreit werden müsse. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß in Genf im Rahmen der Vereinten Nationen weiterverhandelt werde. Auch dies sei ein wichtiger Verhandlungstisch.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß er aufgrund des Todes von Generalsekretär Andropow und des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten von Amerika zeitliche Verzögerungen erwarte. Seiner Meinung nach stünden jedoch die Wahlchancen für Präsident Reagan 7 : 3. Dies sei anzunehmen, erwiderte Generalsekretär Honecker. Wenn Präsident Reagan wiedergewählt werde, könnte Vizepräsident Bush möglicherweise im Rahmen der Legislaturperiode Nachfolger von Präsident Reagan werden, fügte der Bundeskanzler hinzu.

Generalsekretär Honecker berichtete, daß er eine Einladung der Gesellschaft für internationale Beziehungen nach Kalifornien erhalten habe. Er habe jedoch noch davon abgesehen, diese Einladung anzunehmen. Der Wahlkampf in den USA schaffe doch eine bestimmte Lage. Er gehe davon aus, daß Präsident Reagan im Amt bleiben und mit Vizepräsident Bush auch die künftige Mannschaft stellen werde. Die Gegenseite (der Demokraten) sei nicht geschlossen. Dies alles sei jedoch eine Angelegenheit der USA.

Er wolle jedoch offen sagen, worin das Problem bestünde. Wenn der Bundeskanzler von der besonderen Verantwortung nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen spreche, so bestünde die Verantwortung darin, daß "diese Dinger wieder verschwinden". Er hätte häufig die Gelegenheit, viel mit Menschen und Bischöfen zu sprechen. Er kenne deren Gefühle. Es sei sicher richtig, wenn der Bundeskanzler sage, man müsse Frieden schaffen mit immer weniger

Waffen. In Wirklichkeit gebe es jedoch immer mehr Waffen, die eine große Gefahr für die Menschheit darstellten. Wenn man von der Gewinnbarkeit des Krieges spreche, von Krieg im Kosmos, müsse man doch wissen, was das bedeute. Es sei deshalb wichtig, daß ein Zustand wiederhergestellt werde, der Verhandlungen wieder zulasse.

Der Bundeskanzler erklärte, daß es das gemeinsame Ziel sein müsse, die USA und die Sowjetunion wieder an die Verhandlungstische zusammenzubringen. Notwendig sei jetzt eine realistische Politik.

Generalsekretär Honecker berichtete, daß er Gespräche mit dem französischen Außenminister Cheysson, dem kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau und mit den Außenministern der nordischen Länder geführt habe. Er begrüße die Bereitschaft aller dieser Gesprächspartner, den Dialog fortführen zu wollen. Er sei optimistisch, daß dies auch eintreten wird, weil die Menschen keine Alternative dazu hätten.

Der Bundeskanzler erinnerte noch einmal an seine Begegnung mit Generalsekretär Andropow. Er habe mit ihm wie mit Präsident Reagan darüber gesprochen, daß es darauf ankomme, welches Erbe ein Politiker hinterlasse, welches Geschichtsbild er geprägt haben wird. Niemand könne doch glauben, daß Präsident Reagan das Bild eines Kriegsfürsten hinterlassen wolle. Manche / ^{Worte} des amerikanischen Präsidenten solle man genau so wenig auf die Goldwaage legen wie die von sowjetischen Führern. Der Bundeskanzler berichtete über sein erstes Gespräch nach seiner Wahl zum Bundeskanzler mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Kostandow. Sie hätten damals über ein Bild von Adenauer gesprochen, das in seinem Arbeitszimmer hänge. Er habe damals Kostandow gesagt, wenn er einmal in der Prawda einen ähnlichen Nachruf erhalten würde, wie ihn Adenauer erhalten habe, werde er sehr zufrieden sein. Dieser Nachruf sei in der Prawda erfolgt, obwohl die Sowjetunion über viele Jahre Adenauer immer heftig angegriffen habe.

Der Bundeskanzler schlug Generalsekretär Honecker vor, Staatsminister Jenninger und einen weiteren Gesprächspartner nach Ost-Berlin zu entsenden, um in sehr vertrauensvoller Weise ein gemeinsames Arbeitsprogramm durchzusprechen. Er wolle dies im Auge behalten, erwiderte Generalsekretär Honecker. Der Bundeskanzler fuhr fort, beide Seiten müßten das in Bewegung setzen, was möglich sei. Wie sie es bereits beim letzten Telefongespräch besprochen hätten, sei seine Idee die, gemeinsam darüber zu sprechen, wo solche Anfänge für gemeinsame Überlegungen und Initiativen gefunden werden könnten.

Generalsekretär Honecker erinnerte daran, daß er bei diesem Telefongespräch bereits zugestimmt habe. Man könne ein solches Verfahren vereinbaren. Es müßte jedoch ein diskreter Vorgang bleiben, sonst wären Ergebnisse nicht möglich. Es sei eine historische Verpflichtung zu prüfen, was machbar sei und was nicht. Sicherlich müsse dabei auch etwas für die Presse herauskommen, der Rest müsse jedoch vertraulich bleiben. Es dürften jedoch öffentlich keine Vorbedingungen erhoben werden in der Form, daß verlangt werde, daß die oder die Voraussetzung gegeben sein müsse, wenn das eine oder andere Ergebnis erreicht werden sollte.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß es ihm vor allem darauf ankomme, daß einmal gemeinsam alle Probleme aufgelistet werden würden, die gelöst werden müßten. Dies sollte selbstverständlich ohne Öffentlichkeit stattfinden. Er stelle sich beispielsweise vor, daß man eine Gruppe von Maßnahmen zusammenstelle, die man gemeinsam anpacken könne; eine zweite Gruppe von Maßnahmen, die möglicherweise in Angriff genommen werden sollte und eine dritte Gruppe, deren Lösung erst in der Zukunft angestrebt werden könne.

Staatsminister Dr. Jenninger wies darauf hin, daß es besonders wichtig sei, daß keine falschen Erwartungen geweckt würden.

Generalsekretär Honecker stimmte zu. Erwartungen sollten nicht geweckt werden. Er wolle noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen,

daß es wichtig und für viele eine Überraschung gewesen sei, daß "wir nach der Aufrüstung diesen Kurs gefahren haben". In der Tat sei es seine Auffassung, daß aufgrund der gemeinsamen Verantwortung jetzt erst recht die Beziehungen fortgeführt werden müßten. Herr Genscher werde sich mit seinem Kollegen Fischer in vielen Fragen leichter einigen können als mit Gromyko. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß Kostandow auch Vorsitzender der gemeinsamen Wirtschaftskommission der DDR mit der Sowjetunion sei.

Außenminister Genscher erklärte, daß er mit Außenminister Fischer und Außenminister Gromyko gute Gespräche geführt habe. Auch das Gespräch zwischen Außenminister Gromyko und dem amerikanischen Außenminister Shultz sei sehr gut gewesen. Dieses Gespräch habe eine gute Voraussetzung dafür geschaffen, die Beziehungen fortzuentwickeln.

Der Bundeskanzler erinnerte noch einmal an die Bemühungen der Bundesregierung für das Zustandekommen der KVAE-Konferenz in Stockholm. Davon ginge er aus, warf Generalsekretär Honecker ein, aber sie gehörten auch dazu. Er sei über den Einsatz von Außenminister Genscher und von dem des Bundeskanzlers unterrichtet.

Der Bundeskanzler bezeichnete die Erfahrungen im Vorfeld der Stockholm-Konferenz als besonders typisch. Er habe im April letzten Jahres Außenminister Shultz beschworen und dies auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg wiederholt, die Folgekonferenz in Madrid zu einem Abschluß zu bringen. Sicherlich habe auch er Zweifel über manche Ergebnisse gehabt, insbesondere in der Frage der Menschenrechte. In Washington habe es sehr unterschiedliche Meinungen darüber gegeben, ob die Folgekonferenz der KSZE in Madrid schon zum Abschluß gebracht werden solle oder nicht. Die Entscheidung habe dann Präsident Reagan persönlich getroffen. Die Beziehungen zwischen ihm und Präsident Reagan seien persönlich sehr freundschaftlich, auch gegenüber Präsident Mitterrand. Gerade weil er Präsident Reagan persönlich sehr gut kenne, halte er eine Begegnung zwischen dem neuen Generalsekretär Tschernenko und Präsident Reagan für besonders wichtig. Er kenne den neuen

Generalsekretär sehr gut, warf Generalsekretär Honecker ein.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal die Bedeutung, die ein Zusammentreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Tschernenko haben werde. Die Führungspersönlichkeiten beider Staaten sollten sich persönlich kennen. Ein solcher Gipfel sollte von keiner Seite als ein "Propagandacoup" mißbraucht werden.

Generalsekretär Honecker erwiderte, daß er seine eigenen Erfahrungen hätte machen können. Als er in Mexiko gewesen sei, sei er mit dem damaligen Präsidenten zusammengetroffen, der ein persönlicher Bekannter von Präsident Reagan gewesen sei. Trotz der Erklärungen, die er damals erhalten habe, habe er feststellen müssen, daß mit dem Amtsantritt von Präsident Reagan eine Verschärfung der internationalen Lage eingetreten sei. Wenn Präsident Reagan jedoch seine Position wechseln/^{würde} und in stärkerem Maße den europäischen Interessen entgegenkäme, könnte dies die Lage verändern. Er könne sich jedoch nur schwer vorstellen, daß Präsident Reagan während der Wahlen seine Position verändern könne. Besonders wichtig bleibe für die Beziehungen die Berechenbarkeit. Er sei kein Verteidiger der Sowjetunion, wer aber vom Reich des Bösen spreche, einen Enthauptungsschlag verkünde, verschärfe die Lage. Er könne sich deshalb nur schwer vorstellen, daß Präsident Reagan bereit sein könnte, eine "Rochade zu vollziehen", so notwendig dies auch wäre. Was erreicht werden müsse, sei gegenseitiges Vertrauen und Berechenbarkeit.

Außenminister Genscher verwies auf die Rede von Präsident Reagan vor dem Beginn der Konferenz von Stockholm. Sie sei besonders wichtig gewesen, weil sie an die Politik von Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnjew angeknüpft habe. Wichtig sei auch das Signal der NATO von Brüssel. Im übrigen wolle er daran erinnern, daß der Doppelbeschluß keine Erfindung von Präsident Reagan gewesen sei. Er sei eine Erfindung der Europäer gewesen, fügte der Bundeskanzler hinzu. Außenminister Genscher fuhr fort, daß es ein Fehler wäre, Präsident Reagan als "lahme Ente" zu halten. Er habe die Wahlen fast schon gewonnen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß Präsident Reagan nach seiner Wiederwahl sehr souverän sein werde. Dafür sprechen allein schon seine wirtschaftlichen Erfolge. Probleme werde er in der Frage des Haushaltsdefizits haben, diese seien jedoch lösbar.

Der Bundeskanzler gab einen Überblick über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Man sei noch nicht über den Berg, aber die Entwicklung sei günstiger als erwartet. Die Aufgabe bestünde jetzt darin, den Prozeß der wirtschaftlichen Erholung zu verstetigen. Die Defizite im Haushalt habe man in den Griff bekommen. Die Forschung müsse intensiviert und die Investitionen weiter gefördert werden. Probleme werde es noch mit der Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche geben. Die Koalitionsregierung verfüge für ihre Politik über eine breite Wählerbasis. Die jüngsten Umfragen würden dies erneut beweisen. Dagegen sei die SPD nur bedingt einsetzbar. Er sei über diese Lage der Opposition nicht erfreut, weil es für die CDU besser sei, wenn sie unter Druck stehe.

Er wolle sich nicht einmischen, erklärte Generalsekretär Honecker. Er wisse, daß Helmut Schmidt mit seiner ganzen Existenz für den Doppelbeschluß gekämpft habe. Er würde es nur begrüßen, wenn Präsident Reagan eine solche Bewegungsfreiheit erhalten würde, wie dies der Bundeskanzler berichtet habe. Er gehe davon aus, daß Präsident Reagan ein entsprechendes Echo erhalten würde. Dafür müsse der Generalsekretär sorgen, warf Außenminister Genscher ein. An den Außenminister gewandt, erklärte Generalsekretär Honecker, daß er für Anfang März ein Treffen mit Herrn Mischnick zugesagt habe. Generell sei er dafür, daß die Regierungen miteinander sprechen müßten.

Er habe den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg sehr aufmerksam verfolgt. Er habe dabei festgestellt, daß Präsident Reagan gegen die Absprache von Williamsburg Maßnahmen ergriffen habe. Er wolle nur daran erinnern, daß die amerikanische Politik dazu führe, daß die Europäer jährlich ein Defizit von 50 Mrd US-Dollar auf sich nehmen müßten.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß Präsident Reagan sicherlich eine andere Rechnung aufstellen würde. Im übrigen sei es so, daß die Europäer an der amerikanischen Hochzinspolitik durchaus mitverdienen würden.

Dies solle er nicht so laut sagen, erwiderte Generalsekretär Honecker. Frankreich sei in dieser Frage sicherlich anderer Meinung. Die amerikanische Hochzinspolitik wirke sich für Westeuropa ungünstig aus. Das zweite Problem sei aber die Frage der Zuverlässigkeit der USA.

Der Bundeskanzler erklärte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika immer zuverlässig gewesen seien, wenn es wirklich darauf angekommen wäre. Im Umgang mit den Weltmächten würden ja beide deutsche Staaten Bescheid wissen. Beide Weltmächte hätten ihre eigenen Probleme, mit denen man leben müsse. Man dürfe sich jedoch nicht alles gefallen lassen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland ein Kontinent seien.

Generalsekretär Honecker erwiderte, daß seine Erfahrungen im Umgang mit Weltmächten nicht schlecht seien. Seit seinem 18. Lebensjahr habe er Erfahrungen mit der Sowjetunion. Er habe schon 1930 begriffen, daß die Sowjetunion den Frieden wolle. Das Problem bestünde darin, daß mehr Waffen nicht mehr Vertrauen schaffen. Der Vertrauensschwund sei heute unübersehbar. Er habe Generalsekretär Breschnjew wie auch Generalsekretär Andropow sehr gut gekannt. Den neuen Generalsekretär kenne er seit 15 Jahren ebenfalls sehr gut. Dieses Land (die Sowjetunion) wolle den Frieden. Das entscheidende Problem bestehe darin, daß beide Weltmächte zusammenkämen und gemeinsam die Probleme lösen. Man müsse in solchen Fragen zusammenarbeiten, wo dies möglich sei, vor allem in den Fragen des Friedens. Auf beiden Seiten müßten die Raketen abgezogen werden. Die Tatsache des heutigen Zusammentreffens werte er ^{als} sehr positiv.

Nach diesem Gespräch wurde in gleicher Besetzung gemeinsam zu Abend gegessen. Im Rahmen des Abendessens las Generalsekretär Honecker eine vorbereitete Presseerklärung vor und bat den Bundeskanzler um Zustimmung. Nach einer Überarbeitung der Presseerklärung durch Staatssekretär Herrmann und Ministerialdirektor Teltschik wurde vereinbart, daß beide Seiten den gleichen Text getrennt der Presse übergeben.

Im Rahmen des Abendessens unterstrich Generalsekretär Honecker, daß ^{für} die DDR die Vereinbarungen, die man mit Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff getroffen habe, immer vorbildlich gewesen seien. Er sei eine sehr zuverlässige Persönlichkeit. Er habe ihn immer sehr gerne auf der Leipziger Messe gesehen. Graf Lambsdorff habe sich um die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sehr verdient gemacht. Gute Beziehungen habe die DDR auch zu Niedersachsen. Obwohl Bundeskanzler Schmidt den Swing herabgesetzt habe, konnte der Wirtschaftsaustausch verstärkt werden.

In diesem Zusammenhang wies Generalsekretär Honecker noch einmal darauf hin, daß öffentliche Kampagnen für den Wirtschaftsaustausch nicht förderlich seien. Er erinnerte daran, daß die DDR seinerzeit 10.000 Golf-Autos von VW gekauft habe. Ursprünglich sei es seine Absicht gewesen, 100.000 Pkw's zu kaufen, jedoch sei dieses Geschäft durch die öffentliche Propaganda verhindert worden. Dabei hätte er damals nicht einmal sein Politbüro um Einverständnis gefragt.

Er könne deshalb auch nicht voraussehen, ob die neuen Verhandlungen mit VW erfolgreich sein werden, wenn es weiterhin in der Öffentlichkeit so „aufgeplustert“ werde. Die DDR müßte sich in einem solchen Fall eine andere Firma suchen.

Generalsekretär Honecker kam noch einmal auf den Vorschlag des Bundeskanzlers zurück, vertrauliche Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit aufzunehmen. Er werde durch seinen Außenminister

einladen lassen. Der Bundeskanzler bat den Generalsekretär, eine solche Vereinbarung persönlich zu treffen und keine Behörden einzuschalten. Generalsekretär Honecker erklärte sich damit einverstanden. Er werde für entsprechende Gesprächspartner Sorge tragen.

Das Gespräch endete mit dem Ausspruch von Generalsekretär Honecker: "Wir leben aus dem Leben".

Teltschik

(Teltschik)